

Globalisierung zeigt ihr wahres Gesicht



Bundesarchiv, Bild 183-1990-0129-032
Foto: Hiekel, Matthias | 29. Januar 1990

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0129-032 / Hiekel, Matthias / CC-BY-SA 3.0

Jahrzehntlang wurde die Globalisierung von den »Eliten« der Politik, der Wirtschaft und der internationalen Finanzindustrie gefeiert und gepriesen.

Ihr großes Ziel: Die »One World«, die »Eine Welt«, also eine »neue Weltordnung« ohne Grenzen, Völker und Nationen.

Der große »Crash«, der jetzt droht, bietet aber auch die Chance zur Rückbesinnung, zu einer grundlegenden Um-

kehr hin zu einer naturgesetzlichen Ordnung jenseits von Turbokapitalismus und Kommunismus!

Jahrzehntlang waren alle Warnungen und alle Versuche patriotischer Deutscher, die Menschen zum Aufwachen zu bringen, vergeblich. Es müsse erst noch schlimmer kommen, hieß es.

Jetzt ist diese Stunde gekommen! Weg von der »Ich«- und »Profit«-Gesellschaft hin zu mehr »Wir« und Gemein-

schaftsgeist, Zusammenhalt und Fürsorge statt Egoismus!

Wir rufen alle unsere Leser auf, in diesem Sinne Vorbild zu sein, anderen zu helfen und einzuspringen, wo es geht, um das Bewußtsein zu wecken und zu stärken, daß wir kein »Wirtschaftsstandort«, sondern ein Volk sind!

Unsere Eltern, Großeltern und Vorfahren haben schon Schlimmeres überstanden, wie auch der Inhalt dieser UN-Ausgabe belegt.

Das offene Wort

Offene Grenzen für alles?

Die Globalisierung schlägt zurück! Weltoffenheit und internationale Zusammenarbeit, ein allen Seiten nutzender fairer und freier Handel, Reisefreiheit und das Kennenlernen fremder Kulturen sind ein unbestreitbarer Fortschritt, der auch dem Frieden zwischen den Völkern dient.

Doch das ist nicht die Art von Globalisierung, die den Völkerfeinden und Wallstreet-Strategen vorschwebt.

Herr Soros und Konsorten, die Revolutionen finanzieren, Migrationsströme und den weltweiten »freien« Verkehr von Menschen, Waren, »invasiven Arten« und Finanzströmen zum Ziel aller staatlichen Politik erhoben haben, führen etwas anderes im Schilde:

Die Schaffung der »Schönen neuen Welt« nach den Mustern von *Aldous Huxley*, *Coudenhove-Kalergi*, den Bilderbergern und *David Rockefeller*.

Nationale Grenzen sollen fallen, transnationale Konzerne des internationalen Kapitals sollen die Massenproduktion in die Länder mit den niedrigsten Sozial- und Umweltstandards verlegen dürfen.

Eine Folge dieser verheerenden Globalisierung erleben wir jetzt gerade hautnah:

Wenn die Grundstoffe für lebenswichtige Medikamente nur noch an einem Ort am anderen Ende der Welt produziert werden statt im eigenen Lande oder in verbündeten Nachbarstaaten, ist solche Globalisierung ein Fluch!

Zeit für eine Umkehr, meint
Ihre Sabine Möller

Die Freiheit in Gefahr!

»Wir befinden uns am Anfang einer globalen Umwälzung. Alles, was noch fehlt, ist eine große weltweite Krise, bevor die Nationen die „Neue Weltordnung“ akzeptieren.«

Das soll *David Rockefeller* im Jahre 2005 auf der Bilderberger-Konferenz in Rottach-Egern freimütig geäußert haben. Diese Aussage machte er angeblich auch schon im Jahre 1994 vor dem Wirtschaftsausschuß der Vereinten Nationen.

Ist die »Corona«-Pandemie jetzt der Aufhänger, diese »Neue Weltordnung« der Globalisten durchzusetzen, also die Demokratien, die Rechtsstaatlichkeit und die Souveränität der Nationen auszumerzen?

Auch das Bargeld soll in diesem Zuge abgeschafft werden. In einigen Supermärkten können Sie bereits jetzt nicht mehr damit bezahlen.

Die Zeichen stehen auf Sturm:

- Die *Deutsche Telekom* gibt Kundendaten weiter, mit denen Bewegungsströme von Handynutzern nachvollzogen werden können.
- Das Bundesverfassungsgericht teilte am 18.3.2020 mit, Außenkontakte und mündliche Verhandlungen und Urteilsverkündigungen sollen vorerst nicht mehr stattfinden.
- Der Bundestagspräsident *Schäuble* erwägt mit den Fraktions-Geschäftsführern eine Grundgesetzänderung, um Regelungen und Freiheitsbeschränkungen wie im Verteidigungsfall möglich zu machen.

• Und die Bundesregierung? Die hat einen »Kabinettsausschuß« zur Bekämpfung von Rechtsextremismus gebildet! Der Rechtsextremismus sei heute die größte Gefahr für die Demokratie und die Sicherheit der Bevölkerung.

Zwölf Stunden nach der Fernsehansprache der Kanzlerin mit dem dringenden Gebot der »Vermeidung sozialer Kontakte« ließ der Herr Bundesinnenminister medienwirksam am 19.3.2020 rund 400 Beamte ausrücken, um die Wohnungen von ein paar »verbal extremistischen« Mitgliedern eines kleinen Vereins zu durchsuchen, die zu den sogenannten »Reichsbürgern« zählen sollen.

Man kann schon ins Grübeln kommen, wozu die Krise, die geplante Grundgesetzänderung, die forcierte Bargeldabschaffung und andere »Notmaßnahmen« noch dienen sollen ...!

ZUM NACHDENKEN:

»[Die zuständige Behörde] kann auch Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte nicht zu betreten [...] Die Grundrechte [...] werden insoweit eingeschränkt.«

§ 28 (1)
Infektionsschutzgesetz (IfSG)

Merkel ruft zu Solidarität und »Zusammenhalt« auf



Foto: Armin Limartz (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Angela_Merkel_Juli_2010_-_3zu4.jpg), (Ausschnitt), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

»Da sind unsere Solidarität, unsere Vernunft, unser Herz füreinander schon auf eine Probe gestellt, von der ich mir wünsche, daß wir diese Probe auch bestehen können«, so die Kanzlerin auf der Pressekonferenz vom 11.3.2020.

Ausgerechnet Frau *Merkel*, die es wie keiner vor ihr geschafft hat, das Land zu spalten in gut und böse, arm und reich, rechts und links, oben und unten ... fordert von der Bevölkerung einen neuen »Zusammenhalt«.

Dieser neue »Zusammenhalt« besteht in einer weiteren Spaltung der Gesellschaft, und zwar in einer Spaltung zwischen alt und jung. Es soll möglichst keine Kontakte zu älteren Personen geben und diese damit sich selbst überlassen werden.

Wer hilft älteren Menschen bei den täglichen Sorgen und Problemen wie Einkaufen, Arztbesuchen oder Hilfe im Haushalt? Wer zeigt den Älteren, daß sie nicht allein sind?

Begründet wird das Gebot der »Vermeidung von sozialen Kontakten« damit, daß die Ausbrei-

tung des SARS-CoV-2-Erregers und die damit verbundene COVID-19-Erkrankung (»Corona«) erschwert werden soll, um das Gesundheitssystem nicht zu überlasten.

Ein Gesundheitssystem, das in diesem Land fast kaputtgespart wurde: Die Anzahl der Krankenhausbetten hat sich von 1991 bis 2017 um 168.383 Betten verringert, die Anzahl staatlicher oder gemeinnütziger Krankenhäuser ist seit Jahren fallend. Eine Lücke, die von privaten Krankenhäusern mehr oder weniger gut geschlossen wird, bei denen aber nicht die Gesundheit, sondern der Profit an erster Stelle steht.

Ein Beispiel, wie der neue »Zusammenhalt« auch aussieht, gab Merkels Parteifreund und NRW-Gesundheitsminister *Karl-Josef Laumann*. *»Wir werden heute die Kaufverträge unterschreiben, daß das Land Nordrhein-Westfalen eine Million Masken kauft«,* erklärte er am 4.3.2020 auf einer Pressekonferenz. Auf Nachfrage, woher diese kommen sollen, fügte er hinzu, *»werde ich jetzt noch nicht sagen wo wir sie be-*

stellt haben, weil ich auch nicht will daß noch andere ... erst mal will ich meine haben und dann bin ich gerne bereit.«

Es hat fast den Anschein, als gackern alle wie aufgeschreckte Hühner umher, dabei ist die »Corona«-Krise nicht die erste Pandemie im neuen Jahrtausend, man denke nur an SARS-CoV (2002-2003), H5N1 (Vogelgrippe, seit 2004), H1N1 (Schweinegrippe, 2009-2010) oder die immer wieder auftretenden Grippewellen (2017/2018 starben daran allein in Deutschland rund 25.000 Menschen).

Gelernt hat man daraus allem Anschein nach nichts. Seit dem ersten Auftreten des neuen »Corona«-Virus in China Ende 2019 hätte man vorbeugende Maßnahmen ergreifen können, man hat sich aber lieber Gedanken gemacht, wie man möglichst viele »Flüchtlinge« ins Land holen kann.

Wenn dann noch hinzukommt, daß Politiker, die von allem und nichts Ahnung zu haben glauben, sich hinstellen und gebetsmühlenartig herunterbeten, die Versorgung der Bevölkerung sei gesichert, verwundert es nicht, daß bei vielen die Alarmglocken schrillen. Erst werden Desinfektionsmittel gehortet, dann Toilettenpapier, Nudeln, Reis, Konserven ... – bei der öffentlichen Panikmache zwar menschlich verständlich, dennoch völlig unsozial.

Bösartig und durch nichts zu rechtfertigen ist aber der Diebstahl von Reinigungs- und Desinfektionsmittel aus Krankenhäusern!

Aber vielleicht ist das Ganze auch nur typisch für diese Gesellschaft!

US-Kriegsgewinnler in den Startlöchern

Frühere Präsidenten der USA waren Kriegsgewinnler der Weltkriege gegen Deutschland. Jetzt wollen US-Konzerne mit dem Krieg gegen das neue Corona-Virus Geschäfte machen.

Trumps Besatzungsvorgänger kassierten nach dem 8. Mai 1945 deutsche Wissenschaftler und Patente zwangsweise ein, er beschränkt sich vorerst aufs Einkaufen:

Wie am 15.3.2020 bekannt wurde, soll er versucht haben, deutsche Wissenschaftler, die an Wirkstoffen gegen das Corona-Virus arbeiten, in die USA zu locken bzw. die Medikamenten-Rechte exklusiv für die USA zu erwerben.

Die Tübinger Firma *CureVac* arbeitet zusammen mit dem bundeseigenen Paul-Ehrlich-Institut an deren Entwicklung. Der Ex-Chef dieser Firma, der US-Amerikaner *Daniel Menichella*, war kürzlich bei einem Treffen von Pharmamanagern im Weißen Haus, wobei *Trump* der Firma angeblich einen Milliardenbetrag geboten haben soll, um sich deren Rechte zu sichern.

Die Bundesregierung ist verunsichert: Der Verkauf einer Firma mit einem überlebenswichtigen Medikament sei eine Frage der nationalen Sicherheit, heißt es aus Regierungskreisen. Man bemühe sich, das Unternehmen mit finanziellen Angeboten in Deutschland zu halten.

Berlin sollte Herrn Trump deutlich klar machen, daß das Zeitalter der vor 75 Jahren begonnenen Demontage Deutschlands vorbei ist!

Das Corona-Virus und die »Gefahr von rechts«

»Der Corona-Virus hat auch Brüssel ergriffen. Alle Ausschusssitzungen sind abgesagt, alle Anhörungen, alle Debatten. Keine Besuchergruppen dürfen das Parlament mehr betreten, nicht die Wahlkreismitarbeiter der Abgeordneten, keine Gäste.

Mit einer Ausnahme: Ihre klimatische Heiligkeit Greta Thunberg spricht heute hier in Brüssel. Für sie darf der Umweltausschuß zusammentreten im Beisein des Parlamentspräsidenten Sassoli. Nicht einmal beim Kampf gegen Pandemie kann Brüssel auf seine berühmten doppelten Standards verzichten.

Wenn keine Ausschüsse tagen ist wenig zu tun. Das erlaubt, sich im Dinge zu kümmern, zu denen man sonst kaum kommt.

Befassen kann man sich beispielsweise mit dem neusten Bericht von Europol zum europäischen Terrorismus. Die Daten sind »klassifiziert«, also als geheim eingestuft. Lesen darf man den Bericht nur in einem Sicherheitsraum, Handys muß man abgeben, selbst Notizen sind nicht erlaubt.

Der Bericht von Europol umfaßt alle wichtigen europäischen Länder. Das Ergebnis läßt sich so zusammenfassen:

Erstens: Die mit weitem Abstand größte Gefahr liegt weiterhin im muslimischen Terrorismus. Hier sei die Bedrohungslage unverändert hoch und akut. Mit Anschlägen sei jederzeit zu rechnen, die Unterstützerszene sei außerordentlich groß.

Die zweitgrößte terroristische Gefahr für europäische Länder sei der Linksterrorismus. Vor allem in Spanien und Griechenland habe dieser Terrorismus buchstäblich mörderische Qualität.

Doch auch die extreme Gewalt der Antifa wie beim G-20 in Hamburg ist Europol nicht verborgen geblieben. Auch hier reiche die Unterstützerszene bis weit in die Politik, zudem gebe es viele Verbindungen zwischen linken und muslimischen Terroristen. [...]

Dritte Aussage: Eine Bedrohung von rechts gebe es nicht. Was als Rechtsterrorismus bezeichnet werde seien Anschläge verwirrter Leute, oftmals Waffennarren mit kruden Verschwörungsideen.

Ihre Bekennerschreiben seien Zeugnisse schwerer mentaler Störungen, keine politischen Programme. Selbst die rassistischen Passagen entsprängen in erster Linie einer generellen Wut auf die Welt und dem Gefühl, überall zu kurz gekommen zu sein. Ein festes Feindbild sei damit jedoch nicht verbunden. Vielmehr könne sich der Haß jederzeit auch andere Opfer suchen [...].«

Dr. Nicolaus Fest, MdEP,
6.3.2020

»Aber die höchste Bedrohung in unserem Lande geht vom Rechtsextremismus aus.«

Innenminister *Horst Seehofer* (CSU) am 5.3.2020 vor dem Deutschen Bundestag

»Rechtsterrorismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie aktuell.«

Justizministerin *Christine Lambrecht* (SPD) in der tagesschau vom 21.2.2020

Das Virus sollte uns eine Warnung sein: **Corona zeigt, was Bio-Waffen bewirken könnten!**

Parallel zur Corona-Pandemie erleben wir heute eine Gerüchte-Pandemie mit Verschwörungstheorien, unsinnigen Behauptungen, Verdächtigungen und Halbwahrheiten, an denen wir uns nicht beteiligen wollen.

Tatsache ist aber, daß in Wuhan, wo das neuartige Virus ausgebrochen ist, Chinas nationales Labor für Biosicherheit angesiedelt ist. Das »Wuhan Institute of Virology« ist das einzige bekannte offizielle Labor der biologischen Schutzstufe 4 in China. Nur solche Hochsicherheitseinrichtungen dürfen mit Biostoffen der höchsten Risikogruppe arbeiten. Im Wissenschaftsmagazin *Nature: a weekly journal of science*

äußerten Experten bereits 2017 Bedenken zu möglichen Sicherheitsrisiken dieses Instituts.

Und Tatsache ist auch, daß das weltweit bekannt gewordene Foto, das einen Marktstand zeigt, an dem Fleisch von Schlangen, Fledermäusen und anderen Wildtieren verkauft wurde, nicht aus Wuhan stammt, sondern schon ein Jahr alt ist und in Indonesien geschossen wurde.

Aber von all dem abgesehen:

Experimente mit Bio-Waffen

Schon im Zweiten Weltkrieg forschten die anglo-amerikanischen Kriegsmächte an Viren und Bakterien, mit denen man ganze Länder verseuchen könne. Von derartigen deutschen Versuchsreihen ist uns nichts bekannt.

Bereits in der Ausgabe 6/1981 der *Unabhängigen Nachrichten* veröf-



fentlichten wir derartige Pläne des Kriegsverbrechers *Churchill* (siehe Abbildung).

In einem Bericht in *The Independent* über die tödlichen Folgen eines solchen Flächenversuches auf der britischen Insel Gruinard heißt es:

»Operation Vegetarian bezeichnet einen 1942 entwickelten Plan des britischen Militärs zum Einsatz von mit Milzbrandsporen kontaminierten Leinsamenkuchen im Luftkrieg gegen Deutschland. Die mit Milzbrandsporen verseuchten Leinsamenkuchen sollten durch die britische Royal Air Force über Feldern in Deutschland abgeworfen werden. Nutztiere sollten die Leinsamenkuchen fressen und damit infiziert werden. Diese wiederum sollten zu einer Masseninfektion deutscher Zivilisten führen. Die nicht infizierte Bevölkerung sollte durch

den durch das Verenden des Großteils des deutschen Nutzviehbestandes ausgelösten massiven Nahrungsmittelmangel weiter stark dezimiert werden. Man rechnete mit dem Tod mehrerer Millionen deutscher Zivilisten durch diese Maßnahmen.«

Bis 1990 (!) war diese Insel vor der Küste Schottlands wegen ihrer Verseuchung mit Milzbrandsporen militärisches Sperrgebiet.

Mehr als damals basteln seit dem Ende des Weltkrieges, der Zerstörung Deutschlands und dem angeblichen Beginn eines ewigen Friedens die Wissenschaftler nicht nur der Weltmächte an immer schrecklicheren ABC-Waffen, also atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungsplänen.

Selbst das im Vergleich dazu noch »harmlose« Corona-Virus hat verheerende Folgen: Das öffentliche Leben wird stillgelegt, die globalisierten Lieferketten, die Produktion und Versorgung mit den einfachsten Hilfsmitteln und Medikamenten brechen zusammen, weil wir ganze Industrien in Billigländen ausgelagert und uns abhängig gemacht haben von Geschehnissen, Katastrophen oder Umwälzungen in allen möglichen Ländern der Welt.

Dieser »Testfall« und seine Folgen sollten für die Politik eine Lehre sein, die Produktion, die Versorgung der Bevölkerung und die Sicherstellung der Grundbedürfnisse nicht der globalisierten Wirtschaft, den »Heuschrecken« und der internationalen Finanzbranche zu überlassen!

Kurzmeldungen aus Absurdistan

Dann erschießen wir eben das eine Prozent der Reichen

Während Kevin Kühnert, Bundesvorsitzender der Jusos und stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, seinem marxistischen Traum nachhängt, nämlich z.B. BMW zu enteignen, sind andere schon ein ganzes Stück weiter.

Auf der Strategiekonferenz der Linkspartei am 29.2/1.3.2020 in Kassel klärte eine Rednerin schon einmal auf, was nach der »Machtübernahme« auf die »Reichen« zukommt:

»Energiewende ist auch nötig nach 'ner Revolution. Und auch wenn wir det ein Prozent der Reichen erschossen haben, ist es immer noch so, daß wir heizen wollen, wir wollen uns fortbewegen. Naja, ist so!«

Der Parteichef Bernd Riexinger präzierte: »Ich wollt noch sagen, wir erschießen sie nicht, wir setzen sie schon für nützliche Arbeit ein.«

Eingedenk der Tradition der Linken wurde auch in der Vergangenheit nicht immer sofort erschossen, nein, es wurde auch erschlagen, ertränkt, gefoltert und gehängt. Nur einige wenige »Glückliche« durften dann ins Arbeitslager, um dort elendig zu krepieren.

Staatsknete für die Antifa abgreifen

Auf dieser Strategiekonferenz wurden nicht nur die Superreichen per Wunschdenken »erschossen«, sondern es wurde auch die Republik »abgeschafft«.

Ein Teilnehmer, Tim Fürup, Kreisverbandssprecher der Linken in Münster, der bereits für mehrere Bundestagsabgeordnete tätig war, präsentierte den Genossen eine »Gebrauchsanweisung«, wie man diesen Staat abschafft.



Die Gehälter der Linken-Abgeordneten möchte er auf das Niveau eines Facharbeiters absenken und das eingesparte Geld der Antifa zur Verfügung stellen: »Es gibt in jeder Stadt eine vernünftig operierende Antifa. Und da könnt ihr mal die gesamte Kohle hinpacken, anstatt mit SPD, Grünen und CDU eine Einheitsfront zu bilden. Ich glaube, da hat die Antifa mehr von und wir haben den Nazi-Dreck irgendwann auch weg.«

Damit das alles auch so klappt, möchte er wörtlich: »Staatsknete im Parlament abgreifen, Informationen aus dem Staatsapparat abgreifen, der Bewegung zuspiesen, den außerparlamentarischen Bewegungen das zuspiesen. Und dann braucht man natürlich noch das Parlament als Bühne, weil die Medien sind so geil auf dieses Parlament, das sollten wir doch nutzen!«

Auf der Strategie-Konferenz in Kassel wurde Klartext gesprochen: **Jetzt wird erschossen, ins Arbeitslager gesteckt, enteignet und der »Nazi-Dreck« entsorgt.**

Künast fordert Steuergelder für Antifa

Am 12.3.2020 forderte Renate Künast (Grüne) im Bundestag: »Ich bin es leid, wie wir seit Jahren darum kämpfen, daß NGOs

und Antifa-Gruppen, die sich engagieren, um ihr Geld ringen und nur von Jahr zu Jahr Arbeitsverträge abschließen können. Sie müssen eine verlässliche Finanzierung haben.«

Was bisher hinter vorgehaltener Hand gemunkelt wurde, bestätigte Frau Künast in aller erfrischenden Unbekümmertheit: Damit die Antifa von unseren Steuergeldern finanziert und damit der »Kampf gegen rechts« auch auf lange Sicht fortgesetzt werden kann, brauchen die »Rotfrontkämpfer« finanzielle Sicherheit.

Schöne neue rot-grüne Welt: Ab sofort ist der kommunistische Revolutionär mit Arbeitsvertrag und gegen Lohnausfall abgesichert, die Sozialbeiträge werden übernommen – wegen der Rente und so!

»Wir müssen die Parlamente stürmen, in denen Neofaschisten sitzen«,

so der Aufruf der Pastorin Annette Behnken in der ARD-Sendung »Wort zum Sonntag« am 7.3.2020. Parlamentarier der AfD wurden von ihr indirekt mit dem »Schrecken des Coronavirus« gleichgesetzt. In typisch gutmenschlicher und christlicher Unmoral wurde dem Zuschauer ein schlechtes Gewissen suggeriert, sofern er nicht sofort, umgehend und ohne Einschränkung alle »Flüchtlinge« an der türkisch-griechischen Grenze in unser Land läßt.

Wie Frau Pastorin mitteilte, könnte sie bei all der Ignoranz gegenüber den »Schwachen« – wir nennen es gesunden Menschenverstand – »kotzen«.

Mit Verlaub, Frau Behncke, auch wir könnten kotzen, wenn man ihnen zuhört und versucht, ihren kruden Gedankengängen zu folgen.

75 Jahre 8. Mai 1945 – Wir feiern nicht!



Bundesarchiv, Bild 146-1981-157-29
Foto: a. Ang. / a. Dat.

Bundesarchiv, Bild 146-1981-157-29 / CC-BY-SA 3.0 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_146-1981-157-29_Bomberopfer.jpg), Bundesarchiv, Bild 146-1981-157-29, Bomberopfer, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Deutsche Opfer nach dem 8. Mai 1945:

- Mehr als 13 Millionen vertriebene Deutsche
- Mehr als zwei Millionen Vertreibungstote
- Mehr als eine Million vergewaltigte deutsche Frauen
- Hunderttausende Hunger- und Kältetote 1946/47
- Mehr als 1,2 Millionen Tote Deutsche in Kriegsgefangenschaft

Wahrlich kein Grund zum Feiern!



»Befreit« oder besiegt?

In der DDR-Demokratie stellte man sich schon früh auf die Seite der Siegermächte und feierte den »Tag der Befreiung«.

Für die Grünen-Fraktionsvorsitzende *Katrin Göring-Eckardt*, in der DDR-Demokratie studiert und offensichtlich gut umerzogen, im Januar 2020:

»Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung ...«

Die Vorsitzenden der Linkspartei, *Katja Kipping* und *Bernd Riexinger* zum »Tag der Befreiung« am 8.5.2019:

»Es ist ein Tag, an dem wir feiern können ...«

Die Wahrheit hören wir von den Siegermächten:

»Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat.«

Direktive JCS 1067 an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland (April 1945)

Wir Deutsche feiern den 8. Mai 1945 nicht!

Am 75. Jahrestag des 8. Mai 1945 wird uns – wie in den Medien schon fast alltäglich – in Erinnerung gebracht, was für Verbrecher wir Deutsche gewesen seien. In Berlin wird dieser Tag offiziell zum »Feiertag« bestimmt. Die Medien werden nicht davor zurückschrecken uns mit schuldeinflößenden Filmen und Berichten einer Dauerberieselung zu unterziehen, bis der letzte Deutsche den aufrechten Gang verlernt hat. Es ist für uns wirklich kein Tag zum Feiern. Es gab keine Befreiung und für viele Millionen Deutsche begann das große Leid erst mit dem 8. Mai 1945.

Prof. Dr. phil. Hellmut Diwald zum 8. Mai:

»Gedenktage sind Tage der Besinnung, der Erinnerung, der Bilanz. Der [...] Jahrestag der militärischen Kapitulation Deutschlands beschäftigt die bundesrepublikanischen Medien seit Monaten. Die Unverfrorenheit des Versuchs, uns den 8. Mai 1945 als Datum der Befreiung schmackhaft zu machen, wird nur durch die Schamlosigkeit der Begründungen dafür übertroffen.

Der 8. Mai scheint des Schicksals sicher zu sein, im Öffentlichen ein Tag der Heuchelei zu werden.

Am 8. Mai 1945 wurde in Europa der Krieg beendet. Wer diesen Tag mit Bewußtsein erlebt hat, wer sich an ihn erinnert ohne die Beschönigungen, Verzerrungen, Beflissenheiten und Lügen, mit denen seit Jahrzehnten unsere Geschichte und insbesondere unsere jüngere und jüngste Vergangenheit ungenießbar gemacht wird, der weiß es besser. Daran muß jeder von uns festhalten, ohne Konzessionen an das, was bequem ist, was gern gehört wird von denjenigen, die den politisch-offiziellen Beifall spenden. Opportunisten sind die Totengräber der deutschen Selbstbehauptung.

Der 8. Mai 1945 war ein Tag des Elends, der Qual, der Trauer. Deutschland, das deutsche Volk hatte sechs Jahre lang im gewaltigsten Krieg aller Zeiten um die

Existenz gekämpft. Die Tapferkeit und Opferbereitschaft der Soldaten, die Charakterstärke und Unerschütterlichkeit der Frauen und Männer im Bombenhagel des alliierten Luftterrors, die Tränen der Mütter, der Waisen, wer die Erinnerung daran zuschanden macht, lähmt unseren Willen zur Selbstbehauptung. Daran sollten wir am 8. Mai denken.

Die Sieger von 1945 erklären, für die Rettung der Humanität einen Kreuzzug gegen Deutschland geführt und gewonnen zu haben. Geführt auch mit den Mitteln eines Bombenkrieges, der das Kind, die Frauen, die Flüchtenden, die Greise genau-

»Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.«

The Sunday Correspondent,
London, 17.9.1989

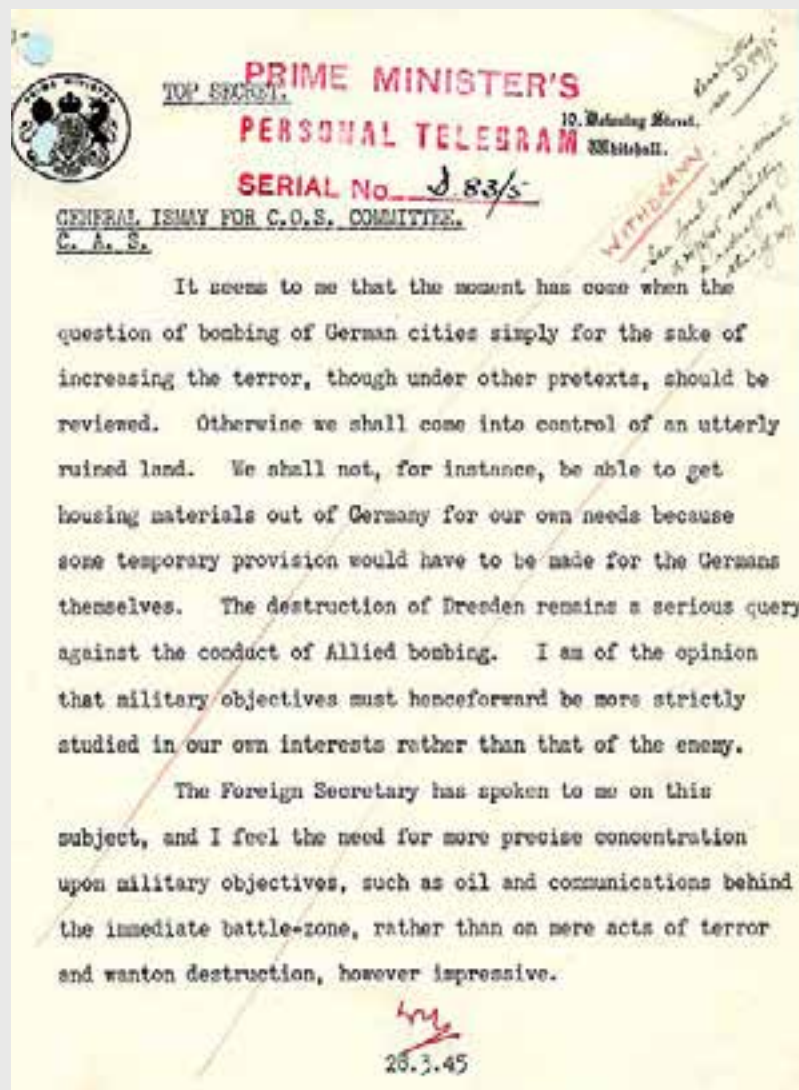
Befreiung oder Vernichtung?

Am 28.3.1945, als die meisten deutschen Städte durch die Terror-Angriffe auf die Zivilbevölke-

rung schon zerstört waren, forderte der britische Premierminister *Churchill* in einem persönlichen Telegramm, nunmehr die Bombardierung auf militärische Ziele zu konzentrieren. Der Text

ist ein klares Eingeständnis der unter seiner Verantwortung erfolgten Kriegsverbrechen.

Das Telegramm *Churchills* an General *Hastings Lionel Ismay* hat folgenden Wortlaut:



»Der Moment scheint mir gekommen, wo die Frage der Bombardierung deutscher Städte einfach zum Zwecke der Erhöhung des Terrors, auch wenn wir andere Vorwände nennen, überprüft werden sollte. Andernfalls werden wir ein vollkommen zerstörtes Land unter unsere Kontrolle bekommen. Wir werden nicht in der Lage sein, Baustoffe für unseren Bedarf aus Deutschland zu erhalten, da man auch für die Deutschen gewisse Übergangslösungen finden wird müssen. Die Zerstörung Dresdens bleibt eine ernste Frage an die alliierte Bombardierungspolitik. Ich bin der Meinung, daß militärische Ziele von nun an strikter in unserem Interesse als in dem des Gegners untersucht werden müssen. Der Außenminister hat mit mir über dieses Thema gesprochen und ich vermisse eine präzisere Konzentration auf militärische Ziele wie zum Beispiel Öl und Kommunikation hinter der unmittelbaren Kampfzone anstelle von reinen Terrorakten und mutwilliger Zerstörung, wie beeindruckend auch immer sie sein mögen.«

so als Feind behandelte wie den regulären Soldaten. Der Tag der militärischen Kapitulation der deutschen Armee brachte den Alliierten den Frieden. Abermillionen von Deutschen brachte er die Hölle auf Erden.

Haben die Sieger von 1945 keinen Anlaß danach zu fragen, mit welchen Verbrechen sie dem Triumph ihres Kreuzzuges für die bedrohten Menschheitswerte das Siegel aufgedrückt haben? In jenen Friedensjahren nach der Kapitulation, in denen von Ost-

preußen bis nach Jugoslawien Deutsche erschlagen, hingemetzelt, vergewaltigt, gefoltert, vertrieben wurden – in jenen Jahren, die man uns jetzt zumutet, als Zeit der Befreiung und Wiege einer Zukunft zu feiern, die uns zum ersten Mal in unserer tausendjährigen Geschichte 'Freiheit, Recht und Menschenwürde' gebracht haben soll? Denken wir daran am 8. Mai.

Wer im 20. Jahrhundert einen Krieg verliert, wird vom Sieger zum Schuldigen und Verbrecher

erklärt. Wie soll man das Wertesystem derjenigen einschätzen, die mit den selben Urteilkategorien dem deutschen Volk 1945 jede Moral und alle Rechte bestritten und wenige Jahre später, als deutsche Männer wieder als Soldaten gebraucht wurden, das deutsche Volk plötzlich als würdig erachteten, westliche und östliche Interessen mit der Waffe zu verteidigen? Auch daran sollten wir am 8. Mai denken.

Der 8. Mai erinnert uns daran, daß wir besiegt wurden. Ja, wenn

GEGEN DAS VERGESSEN!

es nur die militärische Niederlage gewesen wäre. Es hätte nicht einmal das uralte Muster jener Kriege sein müssen, bei denen die Niederlagen kaum weniger ehrenvoll waren als die Siege. Aber Schuld eines ganzen Volkes für Verbrechen, die es als Volk nicht begangen hat, weil ein Volk keine Verbrechen begehen kann, sondern immer nur der Einzelne?

Wenn von Schuld die Rede ist, dann auch von jener Schuld, daß wir nicht die Kraft und den Mut besaßen, uns gegen die generelle Herabsetzung zu wehren und uns nicht die Würde rauben zu lassen. Standfestigkeit und Unbeirrbarkeit wären umso nötiger gewesen, als uns das Gift der moralischen Selbstzerstörung Jahr für Jahr eingeträufelt wurde. Und wir wußten davon – denken wir daran. Wir haben keinen Grund, den 8. Mai zu feiern.

Feiern sollen diejenigen, die sich für die Sieger halten. Wie unsere früheren Gegner, die sich heute als unsere Freunde bezeichnen, ihre Feiern am 8. Mai mit dieser Freundschaft 1945 in Einklang bringen, ist allerdings nicht nur ihr eigenes Problem. Für uns ist es eine Gelegenheit, daran zu erinnern, daß die neue Zukunft, die uns von den Siegern 1945 beschert wurde, für unser Reich

das Grab und für Deutschland und das deutsche Volk die Katastrophe seiner Zerstückelung bedeutete. Die Siegesparaden der früheren Alliierten werden uns nur zeigen, daß wir noch immer die Besiegten von 1945 sind, daß unser Land besetztes Land ist und unsere regionale Souveränität eine von Gnaden der Sieger mit Vorbehalten gewährte Souveränität. Daran müssen wir denken.

Die [...] Wiederkehr des 8. Mai 1945 ist das Fest der Sieger. Es ist nicht unser Fest. Uns dagegen steht die Erinnerung an Wahrheiten zu, deren Gehalt von keinem Datum abhängt. Zur Lebensgeschichte des Einzelnen wie zur Geschichte eines Volkes gehören die Niederlagen genauso wie die Triumphe.

Nur dann, wenn sich der Einzelne, wenn sich ein Volk selbst aufgibt und sklavisch unterwirft, geht alles verloren – in der Variante einer Feststellung des römischen Kaisers Mark Aurel: „Laß dir die Vergangenheit, laß dir die Zukunft nicht verfälschen. Du wirst, wenn es nötig ist, schon hinkommen, mit Hilfe derselben Geisteskraft, die dich das Gegenwärtige ertragen läßt.“

Hellmut Diwald (1929-1993) studierte Geschichte, Germanistik und Philosophie, 1952 promovierte er.

Tag der Befreiung

»Nach dem 8. Mai 1945 wurden Millionen Deutsche befreit

von ihrer Heimat
von ihrem Grundbesitz
von ihrer Wohnung
von ihrem Hab und Gut
von ihrem Schmuck
von ihrer Freiheit

von ihrem Beruf
von ihrem Ausbildungsweg
und natürlich von
„Uri! Uri!“ und „Your watch!“.

Vor allem aber:

Nach dem 8. Mai 1945 wurden Millionen Deutsche befreit von ihrem Leben.

Fürwahr – ein „Tag der Befreiung“.

Gerd Knabe,
deutscher Kabarettist und Autor

Ab 1958 lehrte er als Professor an der Universität Erlangen. Er schrieb Artikel in Zeitungen wie *Die Welt* oder *Rheinischer Merkur* und war Mitbegründer der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI). Er war Gründungsmitglied der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste und Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Goethe-Instituts München.

Die Bundesrepublik feiert die Tötung von Millionen Deutschen als »Befreiung«!

Gespräch auf der Jalta-Konferenz, 7.2.1945, 16 Uhr:

Churchill: **»Wenn die Polen Ostpreußen und Schlesien nehmen, bedeutet das die Transferierung von sechs Millionen Menschen. Dies ist zwar durchführbar, es werden aber trotzdem dagegen große Argumente angeführt werden.«**

Stalin: **»Es werden keine Deutschen mehr dort sein, denn wenn unsere Truppen einmarschieren, laufen die Deutschen weg.«**

Churchill: **»Da ist dann noch das Problem, wie sie in Deutschland zu behandeln sind. Wir haben sechs oder sieben Millionen getötet und**

werden wahrscheinlich noch eine Million töten, bevor der Krieg aus ist.«

Stalin: **»Eine oder zwei?«**

Churchill: **»Oh, ich habe nicht die Absicht, dies irgendwie zu begrenzen. Auf diese Weise müßte in Deutschland Raum genug für jene sein, die die Lücken füllen müssen.«**

NACHBESTELLEN UND WEITERGEBEN!

Liebe Leser, ganz privat:

Krisen-Gewinnler und -Verlierer

Die offensichtlichen Gewinnler der derzeitigen »Corona-Krise« sind schnell ausgemacht: Die Pharmaindustrie und ihre Forschungslabore, die gerade Millionenbeträge erhalten, die Chemieindustrie, denen Desinfektions- und Reinigungsmittel geradezu aus der Hand gerissen werden, Apotheken, Drogerien und Lebensmittelhändler, Internet-Versandhändler, Fernseh- und Rundfunkanstalten, aber auch Unternehmen, die Software für »Homeoffice« und Video-Telefonie anbieten.

Die Verlierer stehen ebenfalls fest: Es sind, neben den Erkrankten die Kleinunternehmer, Laden- und Restaurantbesitzer, Taxifahrer, also alle, die quasi von der Hand in den Mund leben. Ihnen wurde zwar Unterstützung in Form von kurzfristigen Krediten zugesagt – allerdings wissen viele, daß sie diese niemals zurückzahlen können. Auch Schüler und Studenten, die gesamte Tourismusbranche, die Angestellten von Flughäfen stehen auf der Verliererseite.

Einige Großkonzerne sehen sich auch auf der Verliererseite. Hier sollte man allerdings genauer hinschauen, denn hier ist Jammern auf hohem Niveau angesagt:

Große Luftfahrtunternehmen läßt der Staat nicht pleite gehen, diese können sicher sein, daß der Staat Milliarden an Steuergeldern hineinpumpen wird.

Automobilkonzerne, die in den letzten Jahren »auf Halde« produziert haben, schicken ihre Mitarbeiter für Wochen oder Monate in Kurzarbeit – Vater Staat zahlt damit für die Belegschaft. Längst produzierte und wohl zum Teil bereits abgeschriebene Fahrzeuge können jetzt losgeschlagen werden.

Und dann gibt es da noch die Banken, die nun alle Verluste durch die sich schon längere Zeit abzeichnende erneute Finanzblase auf »das Virus« schieben können.

Bei all dem Wirrwarr und Durcheinander werden sich einige Kapitalanleger die Hände reiben, so günstig wie jetzt kommt man so schnell nicht mehr an Aktienpakete.

Die scheinbarweise Einschränkung der persönlichen Freiheiten und die immer weiter sinkende Bezahlungsmöglichkeit mit Bargeld allerdings sollten alle Alarmglocken schrillen lassen.

Ihre UN-Mitarbeiter

Sie können für Kosten- und/oder Spendenbeiträge auch Ihre eigenen Vordrucke oder die Ihrer Hausbank

verwenden. Setzen Sie dann einfach nachstehende Bankverbindung in die vorgegebenen Felder ein. Unsere

Leser außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bitten wir, landesspezifische Vordrucke zu verwenden.

Beleg für Kontoinhaber/Zahler-Quittung

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Zahlungsempfänger
FREUNDESKR. UN E.V.

IBAN
DE75 1001 0010 0636 5391 01

BIC
PBNKDEFFXXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer/Verwendungszweck

ADR.-NR.:

WOHNORT:

Kontoinhaber/Zahler: Name

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

F R E U N D E S K R . U N E . V .

IBAN

D E 7 5 1 0 0 1 0 0 1 0 0 6 3 6 5 3 9 1 0 1

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

P B N K D E F F X X X

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

A D R . - N R . :

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

W O H N O R T :

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

D E 08

Datum

Unterschrift(en)

Hessen: Kosten für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge explodieren

Auf eine Anfrage der AfD vom letzten August im hessischen Landtag teilte das Ministerium für Soziales und Integration mit, daß ein (!) unbegleiteter jugendlicher Flüchtling den Steuerzahler pro Jahr 101.520 Euro kostet – in Summe macht dies bei 1.362 »Jugendlichen« rund 138 Millionen Euro pro Jahr aus – allein in Hessen!

Lagen die Kosten für die Betreuung Anfang 2017 noch bei 5.250 Euro pro Person und Monat, so betragen sie inzwischen 8.460 Euro.

Sind diese gewaltigen Finanzaufwendungen schon ärgerlich genug



– ein in Deutschland bei seinen Eltern lebendes Kind bekommt nur 2,5 Prozent der Aufwendungen (Kindergeld) – zeigen medizinische Untersuchungen in Niedersachsen, daß nur knapp die Hälfte der »jugendlichen Zuwanderer« unter 18 Jahre sind.

Eine umfassende Untersuchung aller vermeintlich minderjährigen

Flüchtlinge in Schweden ergab sogar einen Anteil von 80 Prozent, die in Wirklichkeit älter als 18 Jahre waren.

Nicht die Flüchtlinge plündern unsere Sozialsysteme – diese nehmen die milden Gaben nur undankbar auf – sondern unsere Politiker und ihre willigen Helfer in den Behörden.

Nicht zu vergessen das unerschöpfliche Heer ehrenamtlicher »Flüchtlingshelfer« (nicht selten kinderlose oder gescheiterte Existenzen), das seinen Lebenssinn in der Betreuung dieser vermeintlichen »Jugendlichen« sieht.

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergegeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32

Telefax: 0208 - 84 87 057

E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.

IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01

BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de

www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/